

**(Abg. Adams)**

Position, um das mal ganz deutlich zu sagen, ab, ganz deutlich, weil Sie nicht vorwärtskommen werden, den Fachkräftemangel abzubauen, wenn Sie nicht an die Löhne in Thüringen gehen. Wir sind Niedriglohnland und das ist unser Haupthandicap bei der Besorgung von hinreichenden Arbeitskräften.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kritisch zu diskutieren ist von meiner Seite, finde ich, die etwas zu kategorische Formulierung bei der Frage der Leiharbeit. Kollege Lemb steht dem auch sehr kritisch gegenüber, aber auch er hat anführen und zeigen müssen, diese Leiharbeit ist an manchen Stellen eine echte Alternative und sie ist ein vernünftiges Element in diesem Zusammenhang. Also ein generelles Zurückdrängen wird es mit uns dabei nicht geben. Ganz klar ist natürlich auch, dass es hier eine Gleichbezahlung geben muss und das ist relativ einfach, auch hier eine gesetzliche Grenze zu machen, indem man nämlich sagt, dort, wo derjenige eingesetzt wird, gibt es einen Durchschnittslohn für diese Tätigkeit in dem Betrieb und diesen Durchschnittslohn muss er auch bekommen. Wo ist denn das Problem, wo ist den eigentlich das ganze Problem? Ich verstehe es nicht, wo Sie Ihr Problem haben. Qualifizierung ist angesprochen worden, eine ganz wichtige Sache. Wir brauchen gute Bildung.

Jetzt will ich noch etwas sagen zu den Praktika. Es kommt ja immer sehr schnell: Ach, die Oberlehrer von den GRÜNEN. Aber wir stellen gern allen Fraktionen und für die Debatte unsere Regelungen zum fairen Praktikum zur Verfügung. Diese Regelungen begrenzen einmal die Zeit, in der man bei uns ein Praktikum machen kann. Niemand wird bei uns über ein Jahr in einem Praktikum gehalten. Es regelt klar, was die Leute an Geld bekommen müssen und es regelt ganz klar, dass es ein Projekt, eine Aufgabe gibt, so dass die Leute auch etwas lernen, dass es nicht nur darum geht, dass jemand am Kopierer eine Taste drückt oder Ähnliches.

(Zwischenruf Abg. Recknagel, FDP: Das schicken Sie mal zum Wirtschaftsminister, das brauchen wir nicht.)

Sie brauchen es nicht, der Wirtschaftsminister braucht es noch, sagen Sie. Wenn er mir das sagt, bekommt er gern unsere Regelungen zu einem fairen Praktikum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gute Ausbildung, gute Gehälter, alles das wird Thüringen voranbringen, allerdings die alten Kamellen der FDP nicht. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Gentzel:**

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat Abgeordneter Günther von der CDU-Fraktion.

**Abgeordneter Günther, CDU:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, fast am Ende der spannenden Debatte, Herr Adams, möchte ich auch gern noch einmal für meine Fraktion reflektieren und ich möchte mit dem Satz beginnen: Niemals waren mehr Menschen in Deutschland, insbesondere auch hier im Freistaat Thüringen, in Arbeit als gerade jetzt.

(Beifall FDP)

Trotzdem ist es richtig, Fachkräftebedarf ist ein akutes Thema und die Problemlösung ist relativ einfach. Herr Adams, das hat auch Herr Bergner gesagt: Grundsatz ist, guter Lohn für gute Arbeit. Das ist so, dazu stehen wir. Hierzu fordere ich die Unternehmen auch auf. Eines gesetzlichen Mindestlohnes bedarf es, glaube ich, dazu nicht.

(Beifall FDP)

Wir haben einen Fachkräftebedarf von rund - Frau Leukefeld hat es vorhin richtig gesagt -, 200.000 Fachkräften. Dabei geht es bei 180.000 um Neubesetzungen - haben Sie gesagt - und 20.000 Stellen sollen neu aufgrund der prosperierenden Wirtschaft besetzt werden. Auch klar, komme ich wieder dazu: Wirtschaft geht gut und wir können auch mit gutem Recht fordern, dass die Menschen, die arbeiten, auch ordentlichen Lohn bekommen, aber Löhne sind nun mal an Produkte gekoppelt. Ich muss Ihnen das alles nicht noch mal erklären, an welche Bedingungen das geknüpft ist.

Nun teile ich diese Zielgruppen mal ein in zwei Zielgruppen. Einmal in die jungen Menschen, die wir haben und die wir als Fachkräfte gewinnen wollen. Hier, sage ich klar und deutlich, müssen die vorhandenen Instrumente, die wir haben, schlicht und einfach auch viel besser genutzt werden. Wer nutzt von den Unternehmen heute den Berufswahlpass? Wer fragt bei einer Bewerbung nach dem Berufswahlpass? Sie kennen das, es macht keiner.

(Beifall FDP)

Die Instrumente liegen da und werden nicht genutzt. Also fordern wir doch die Unternehmen auf, und das wäre meine Bitte an das zuständige Ministerium, das mit zu kommunizieren. Nutzt die Instrumente im Übrigen auch in Richtung Kultusministerium. Es nützt nichts, wenn Berufswahlpässe in den Aktenschränken verstauben oder der Fachkräfteteatlas für die Zukunft Thüringens, der von der IHK zu Ostthüringen entwickelt worden ist, an allen Schulen in meinem Landkreis oder in meinem Wahlkreis vorliegen und niemand kennt das Ding, niemand arbeitet damit. Damit muss man einfach umgehen. Nun nur zweiten Gruppe: Die zweite Gruppe, die wir für unsere Fachkräfte ertüchtigen müssen, das sind schlicht und einfach die älteren Menschen. Die Menschen, die älter sind als 50, die haben eine wesentliche Voraussetzung. Die haben

**(Abg. Günther)**

alle einen guten Berufsabschluss gemacht und die haben Berufserfahrung. Genau da, denke ich, sollte unsere Forderung - und das vermisse ich in Ihrem Antrag - sein, die Bundesagentur aufzufordern, bei ihrer Vermittlungstätigkeit einfach umzusteuern und auch in der Förderung dafür zu sorgen, bei Vermittlung und Förderung, dass genau diese Menschen nicht in die Zuständigkeit des SGB II kommen, wo sich dort Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt.

(Beifall CDU)

Das muss doch unser Ansatz sein. Aber vielfach erlebt man ja, dass dort ausgesessen wird und es wird gesagt, na ja, das wird sowieso nichts, und dann rutschen sie ins SGB II und die Statistik passt dann wieder. Das ärgert mich einfach.

(Beifall CDU)

Das sind Ansatzpunkte, die muss man einfach angehen.

Ein Wort oder zwei Sätze zum Thema Leiharbeit. Zeitliche Begrenzungen; ich bin sehr dafür, für die zeitliche Begrenzung von Leiharbeit. Ich habe kein Verständnis, dass es jahrelange Zeitarbeit gibt eines einzelnen Zeitarbeiters an einer Stelle. Das gibt es einfach, dass jemand in Zeitarbeit ist und zehn Jahre in einem Unternehmen. Da muss der Unternehmer letztendlich auch sagen, den stelle ich jetzt ein, Ende der Lesung. Dafür habe ich kein Verständnis und das soll der Gesetzgeber auch regeln.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Equal Pay auch in Leiharbeit ist okay. Fasching ist vorbei, aber reimt sich. Mindestlohn im Bereich Leiharbeit - auch okay, ist aber auf dem Weg. Verzicht auf Leiharbeit, sage ich klar Nein, denn atmende Märkte brauchen Flexibilität und das bietet dieses Segment. Wir können darauf nicht verzichten, aber die Konditionen sind deutlich zu ändern und zu verbessern.

Thema - ich komme nachher noch einmal kurz dazu - ThAFF: Ich weiß jetzt nicht, wer es gesagt hat, ThAFF ist taff, okay, guter Satz. Ich bin dankbar, dass die Landesregierung reagiert hat. Genau ihrer Kritik folgend mit den 500 Menschen für 2 Mio. € - Frau Leukefeld hat es, glaube ich, gesagt -, da muss man nachsteuern und muss das Konzept ändern, wenn man merkt, dass irgendwas nicht so richtig funktioniert. Aber ich möchte trotzdem sagen, wir sollten das Bemühen der Menschen, die in UFaS gearbeitet haben, auch nicht schmälern und sagen, alles Grüte. Nein, das ist nicht so. Es ist umgesteuert worden, auch ThAFF ist zwar taff, aber das ist eben nicht das Ende der Fahnenstange. Ich hoffe heute schon, Herr Staatssekretär, auf ThAFF 2.0.

Ein Wort zum Ende der Arbeitnehmerfreizügigkeit: Herr Recknagel, Entschuldigung, ich habe Sie vor-

hin als Herr Bergner angesprochen, sehen Sie es mir nach. Sie sagten, hier arbeiten zukünftig Fachkräfte und zahlen Steuern. Wenn das so ist, und das wird in den meisten Fällen so sein, dann ist das okay, da bin ich völlig bei Ihnen. Aber, und hier muss ich noch einmal zum Thema Leiharbeit zurückkommen, warum es so wichtig ist, auch hier einen Mindestlohn einzubeziehen. Denn es ist durchaus möglich, dass genau über dieses Segment Menschen sittenwidrig bezahlt werden. Ich will es an einem Beispiel festmachen: Man stelle sich vor, die Kirschernte ist vorbei und Mon Chérie beginnt die wunderschönen Pralinen, die wir gern verschenken, die im Übrigen in Thüringen verpackt werden, in Mühlhausen, die suchen jetzt Kräfte zum Verpacken. Da kommen jetzt nach dem Ende der Arbeitnehmerfreizügigkeit Menschen hierher und arbeiten, weil das eben nur für eine begrenzte Zeit gemacht wird, für ganz wenig Geld. Das Unternehmen organisiert sogar die Unterkunft. Die kommen in Deutschland an, melden sich an, bekommen einen nicht auskömmlichen Lohn und das Ende des Liedes ist, diese Menschen belasten unsere Sozialkasse. Das dürfen wir nicht vergessen.

(Beifall CDU)

Deswegen braucht es eine Regelung in diesem Segment. Ich wollte es einfach nur mal angesprochen haben.

Zu guter Letzt das Thema Sozialwirtschaft: Herr Kubitzki, wir brauchen grundsätzlich in Thüringen eine landesweite Sozialnetzplanung. Ich glaube, da sind wir uns mittlerweile alle auch Gott sei Dank einig. Für den Sozialbereich brauchen wir eine Verbesserung der Verdienst- und Arbeitsbedingungen; Tariflöhne für alle Sozialhilfeträger, Steigerung im Lohnniveau und Entlastungen im Arbeitsumfeld müssen diese Berufe schlicht und einfach attraktiver machen. Da, lieber Herr Kubitzki, ärgert es mich schon, wenn ich feststelle, dass sich Verbände, die sich „sozial“ nennen, den Pflegebereich zum großen Teil ausgliedern, um eben keine auskömmlichen Löhne zahlen zu müssen. Ich denke, hier sind gute Beispiele auch gefragt und die Kritik sollen sich diese Leute, die ich jetzt nicht beim Namen nennen möchte, aber die jeder kennt, wirklich mal zu Gemüte führen. Im Übrigen schließe ich mich meiner Kollegin Holzapfel an. Wir lehnen den Antrag ab, weil er im Wesentlichen keine neuen Aspekte enthält und die Debatte war trotzdem gut und hat zur weiteren Erhellung beigetragen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Gentzel:**

Danke, Herr Abgeordneter. Herr Staatssekretär hat noch einmal um das Wort gebeten.